

Leitartikel

Es kann nur besser werden

Nach dem bemitleidenswert schlechten Start lebt das Fünkchen Hoffnung, dass die Neuaufgabe der rot-schwarzen Koalition 2014 mit positiven Ansätzen überrascht und nicht nur davon redet, es tun zu wollen.

Von Mario Zenhäuser

2013 war ein turbulentes Jahr für die Tirolerinnen und Tiroler. Dreimal wurden sie zu den Wahlurnen gerufen. Sie stimmten zwar jedes Mal über etwas anderes ab – zuerst über die Zukunft des Bundesheeres, dann über die Zusammensetzung des neuen Tiroler Landtags und zuletzt über den Nationalrat –, im Grunde aber stand immer die Politik auf dem Prüfstand. Eine Politik, die in den vergangenen Jahren zwei Parteien geprägt haben: SPÖ und ÖVP.

Ein Blick auf die Bilanz fällt so schlecht nicht aus. Österreich im Allgemeinen und Tirol im Speziellen haben die Krisenjahre erfolgreich gemeistert. Das Land steht, wie

die Verantwortlichen nicht müde werden zu betonen, gut da. Nur: Eine gute Bilanz allein ist heutzutage kein Garant für die Wiederwahl. Das haben die diesjährigen Urnengänge mit aller Brutalität gezeigt. Auf Bundes- wie auf Landesebene zeigten die Wählerinnen und Wähler der großen Koalition die dunkelgelbe Karte, fügten sowohl ÖVP als auch SPÖ das jeweils historisch schlechteste Ergebnis zu.

Tirols LH Günther Platter zog erfolgreich die Reißleine. Er beendete die jahrzehntelange Kooperation mit den Sozialdemokraten und brachte mit den Grünen frischen Wind in die Tiroler Landesregierung. Schwarz-Grün sorgte für eine Art Aufbruchsstimmung im Land, wirkte beruhigend auf die von politischen

Demagogen angeheizte Stimmung und bescherte beiden Parteien steigende Umfragewerte – wenn auch in vorerst bescheidenem Ausmaß.

Auf Bundesebene scheint die ultimativ letzte Verwarnung der Bevölkerung ohne Wirkung verpufft zu sein. SPÖ und ÖVP versprachen zwar eine Koalition neuen Stils, zu mehr als dieser Ankündigung aber hat es nicht gereicht. Denn das Regierungsprogramm von Kanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger ist mehr Schein als Sein und spiegelt eigentlich nur wider, was die beiden Parteichefs den Menschen im Land signalisieren: Wir wollen so weiterwurschteln wie bisher. Verwalten statt gestalten, Mauern aufziehen statt Visionen umset-

zen, leere Phrasen dreschen statt Tatsachen schaffen.

Noch nie zuvor in Österreich hatte eine Regierung einen schlechteren Start hingelegt als die Neuaufgabe der rot-schwarzen Koalition. Das ist, auch wenn's absurd klingt, ein Hoffnungsschimmer für 2014: Weil es kaum noch tiefer geht, können Faymann, Spindelegger und Co. eigentlich nur noch positiv überraschen. In diesem Sinne ist der Bundesregierung viel Glück im neuen Jahr zu wünschen. Wir lassen uns gerne positiv überraschen.



mario.zenhausem@tt.com

Gastkommentar

Beginn einer neuen Ära

Von Elisabeth Harasser

Seit Kurzem ist das neue Tiroler Kinder- und Jugendhilfegesetz in Kraft. Es ist ein Meilenstein, dass darin explizit darauf hingewiesen wird, die Kinderrechte zu beachten. Großer Wert wird dabei auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen gelegt. So sind Minderjährige an allen Maßnahmen, die sie betreffen, altersadäquat zu beteiligen. In der Praxis bedeutet das, dass Entscheidungen nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden dürfen! Eine Selbstverständlichkeit, die nun gesetzlich festgeschrieben ist und die wir genau beobachten werden.

Überdies haben künftig die von Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe Betroffenen endlich das Recht auf Akteneinsicht. Erfreulich ist, dass die Kinder- und Jugendanwaltschaft zusätzliche Kompetenzen erhält. Es wird in Zukunft möglich sein, auch ohne Einwilligung des Trägers, mit den Kindern und Jugendlichen, die in Einrichtungen leben, vor Ort persönlichen Kontakt aufzunehmen. Das jetzt gesetzlich verankerte „Vieraugenprinzip“ bei der Einschätzung von Kindeswohlgefährdungen und die Aufnahme der Schulsozialarbeit in die Reihe der sozialen Dienste.

Das sehr ambitionierte Gesetz regelt nun also den so sensiblen Bereich der unterstützenden Eingriffe in Familiensysteme. Tatsache ist aber, dass für die Umsetzung auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Kinderschutz gibt es nicht umsonst.



elisabeth.harasser@tirol.gv.at

Elisabeth Harasser ist Kinder- und Jugendanwältin für Tirol.

Karikatur

„Guten Rutsch“



Karikatur: Daniel Jakesch; Foto: APV/Hans Punz

Kopf des Tages

Wunderkind und Brückenbauer

Daniel Barenboim (dirigiert das Wiener Neujahrskonzert)

Daniel Barenboim darf sich ganz offiziell einen Weltbürger nennen. Er ist Argentinier (geboren am 15. November 1942 in Buenos Aires), Spanier und – als einziger Mensch auf der Welt – Besitzer eines israelischen sowie eines palästinensischen Passes. Mit seiner Frau, der russischen Pianistin Jelena Baschkirowa, spricht er Englisch, mit seinen Söhnen Französisch. Gewohnt hat Barenboim unter anderem in Tel Aviv, London, Paris und Chicago. Zurzeit lebt er in Berlin, wo er seit 1992 Künstlerischer Leiter und Generalmusikdirektor der Staatsoper Unter den Linden ist. Daneben arbeitet er noch bis Ende 2014 als Musikdirektor an der Mailänder Scala, führt das 1999 von ihm und Edward Said gegründete *West-Eastern Divan Orchestra* und gastiert als Dirigent oder Pianist in den bedeutendsten Konzertsälen der Erde.

Und das seit über 60 Jahren: Mit sieben gibt er sein erstes Klavierkonzert, mit zehn debütiert er bei den Salzburger Festspielen, begeistert dort sowohl Karajan als auch Furtwängler, wenig später wird er jüngster Meisterkurs-Schüler aller Zeiten an der Accademia di Santa Cecilia in Rom. Den Ruf nach Berlin lehnt der Sohn jüdischer Flüchtlinge auf Geheiß seines Vaters ab.

Vier Jahrzehnte später führt Barenboim die *Berliner Philharmoniker* 1990 auf ihre erste Konzerttournee durch Israel und engagiert sich seither für Annäherung und Aussöhnung im Nahostkonflikt. Politisch will er dieses Engagement aber nicht verstanden wissen: „Das ist Anti-Politik!“, sagte er kürzlich. Politik heiße immer Parteinahme, jetzt aber gehe es darum, den Anderen zu verstehen und ihn anzuerkennen.

Am 1. Jänner dirigiert Daniel Barenboim zum zweiten Mal nach 2009 das Neujahrskonzert der *Wiener Philharmoniker*. Und kann beim weltweit übertragenen Konzert gleich „Silberne Hochzeit“ feiern: Vor 25 Jahren stand Barenboim erstmals am Pult des Orchesters. (jole)



Analyse

Der Konflikt im Kaukasus holt Putin wieder ein

Von Flo Weißmann

Die Terroranschläge von Wolgograd erinnern daran, dass es Wladimir Putin in eineinhalb Jahrzehnten als zentrale Figur in Moskau nicht gelungen ist, die Krisenregion Nordkaukasus zu befrieden. Noch als Premier begann er den zweiten Tschetschenienkrieg, der mit äußerster Brutalität geführt wurde. Die Politik der harten Hand bescherte ihm breite Zustimmung in Russland und ebnete ihm den Weg zu jener Machtfülle, über die er heute verfügt. Doch im Nordkaukasus hinterließen seine Truppen eine von Gewalt, Elend und Rechtlosigkeit traumatisierte Region. Dies rächt sich jetzt, da Putin in der Nachbarschaft sein Prestigeprojekt – die Olympischen Winterspiele von Sotschi – als Spektakel zur Ehre Russlands inszenieren möchte.

Zwar glaubt kaum jemand, dass für die Spiele selbst eine Gefahr besteht. Die russischen Behörden haben den Badeort

am Schwarzen Meer in eine Hochsicherheitszone verwandelt. Aber sie können nicht das ganze Land auf diese Weise schützen; außerdem können so genannte weiche Ziele wie Öffis oder Marktplätze niemals hundertprozentig gesichert werden. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Islamisten vom Nordkaukasus, denen die Terroranschläge zugeschrieben werden, verstärkt in der Umgebung von Sotschi angreifen werden. Sie können so die internationale Aufmerksamkeit und Sensibilität nutzen und ihrem Erzfeind die schönen Spiele vermasseln.

Kurzfristig – also vor Sotschi – kann Russland kaum mehr tun, als allgemein die Wachsamkeit und die Sicherheitsvorkehrungen zu erhöhen. Langfristig muss Putin seine Strategie für den Nordkaukasus überarbeiten. Seit einigen Jahren schon fließt viel Geld in die Krisenregion, um diese zu entwickeln und neue Perspektiven zu schaffen. Dieser Ansatz verspricht zwar eine bessere Zukunft als Repression, aber Experten wie der Politologe Gerhard Mangott bemängeln, dass die Programme ineffizient arbeiten und viel Geld versickert. Hier muss Putin ansetzen. Nachhaltige Erfolge kann es aber erst geben, wenn die letzte Medaille von Sotschi schon lange vergeben ist.



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 9

florian.weissmann@tt.com

Frage des Tages (1027 Teilnehmer)

Die Stationierung des „Martin 7“ in Mayrhofern stößt anderen Betreibern sauer auf. Gibt es zu viele Rettungs-Hubschrauber in Tirol?

15 % Ja – die Hubschrauber-Dichte ist für die Größe des Bundeslands eindeutig zu hoch.

22 % Nein – die schnellstmögliche Versorgung der Menschen rechtfertigt viele Hubschrauber.

63 % Nicht die hohe Zahl an Hubschraubern ist das Problem, sondern dass sie bei jeder Kleinigkeit eingesetzt werden.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com

